



Axel Schäfer (Bochum)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Axel Schäfer MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Parlamentsbüro
Platz der Republik 1
Jakob-Kaiser-Haus
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 73 402
☎ (030) 227 – 76 477
@ axel.schaefer@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Alleestrasse 144
Historisches Krupp-Gebäude 'Tor 5'
44793 Bochum
☎ (0234) 687 46 0
☎ (0234) 687 46 10
@ axel.schaefer@wk.bundestag.de

🌐 www.axelschaefermdb.de

Berlin, 18. September 2008

Der Vertrag von Lissabon – To be or not to be?

1. Sachstand
2. Irland – Kein blaues Wunder auf der grünen Insel
3. Exkurs: Referenden, das Ende eines Märchens
4. Drei K-Präsidenten und ein Königreich
5. Die deutsche Europa-Debatte
6. Fazit

1. Sachstand

Bis Anfang Juni hatten 18 EU-Staaten den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert, dann folgte die Ablehnung im irischen Referendum. Seitdem haben das 19., 20., 21., 22., 23. und 24. Mitgliedsland mit **Ja** gestimmt: Großbritannien, Zypern, Niederlande, Belgien, Italien und Spanien. Damit ist die ganze Bandbreite unterschiedlicher Attribute von „Euroskeptizismus“, „knappe Mehrheiten“, „referendumsgeschädigt“, „kompliziertes Staatswesen“, „unregierbar“ bis „Europafreundlichkeit“ vertreten.

Offen bleiben nur Schweden und Tschechien, wenn das Zwischenziel **27 minus 1** erreicht werden soll.



2. Irland – Kein blaues Wunder auf der grünen Insel

Volksabstimmungen sind eine sehr ernste Angelegenheit, deshalb müssen wir auch ernsthaft über die Ergebnisse reden, die uns nicht gefallen. In Irland muss man genau unterscheiden: Das Institut des Referendums ist erst seit 1987 bei allen Vertragsänderungen obligatorisch. Damals hatten Euroskeptiker das verpflichtende Votum durchgesetzt, um eine mögliche Bremse für weitere Integrationsschritte in die Hand zu bekommen.

Bis hin zu den jüngsten Meinungsumfragen zeigt sich allerdings beim Thema Europa in Irland eine gesplante Haltung: Ein klares **Ja** zur EU-Mitgliedschaft, ein unklares **Nein** zu konkreten Veränderungen im institutionellen Gefüge.

Stärker als alle Kampagnen vor den irischen Referenden in den vergangenen 20 Jahren ist in diesem Jahr deutlich geworden, wie sehr Ängste mobilisierbar und bewusste Falschinformationen mit viel Geld und noch mehr Bösartigkeit einsetzbar sind. Die irische Regierung hat jetzt einen Bericht über das Referendum vorgelegt, der m.E. dies bestätigt. Natürlich kann man nicht immer trennscharf unterscheiden zwischen unberechtigten Befürchtungen und realen Sorgen – vielleicht macht es einfach nur die Mischung: Die Angst um die Souveränität, der Zwang zur NATO-Mitgliedschaft, das Aufkrotzen neuer Steuern, die Liberalisierung des Abtreibungsrechts. All das ist tatsächlich unbegründet – die unzureichenden Informationen und der Verlust des nationalen Einflusses in Brüssel jedoch nicht. „Ein Kommissar pro Land“ ist schon seit dem Nizza-Vertrag überholt, aber erst im Lissabon-Vertrag zu einem großen Thema geworden.

Daraus sind zwei Konsequenzen zu ziehen: Zum einen muss von den Pro-Europäern besser und pointierter informiert werden, wobei ministerielle Erklärungen à la Irland über die eigene Unkenntnis des Vertragstextes natürlich zu unterbleiben haben. Zum anderen sollte die Frage der Zusammensetzung der EU-Kommission noch einmal auf die Tagesordnung kommen. Um es offen zu sagen: Ich habe es immer für falsch gehalten, dass nicht alle Mitgliedsländer in der Kommission vertreten sein sollen. Sowohl das Modell „Nizza“ als auch das Modell „Lissabon“ sind technokratisch und führen in der Praxis zu unlösbaren Konflikten. Dabei wäre mit europäischer Kreativität und nationaler Erfahrung leicht eine überzeugende Lösung zu finden: z.B. das Modell „Bayern“. Dort gibt es zehn Minister und sieben Staatssekretäre, alle mit Stimmrecht im Kabinett.



Das würde bedeuten: Der Kommission könnten 27 Mitglieder angehören, es gäbe aber nur 15 bis 20 Ressorts. Eine Aufteilung in Kommissare und Vizekommissare wäre denkbar, auch die Zuordnung von besonderen Aufgaben für Kommissare. Beides ist in Regierungen von Zentralstaaten eine gängige Praxis.

Zu fragen wäre, ob die Generaldirektoren allesamt durch Vizekommissare ersetzt werden, was zwar einen tiefen Einschnitt in die französisch geprägte Verwaltungsstruktur bedeuten, aber auch an organisatorische Reformen im Berlaymont anknüpfen würde.

3. Exkurs: Referenden, das Ende eines Märchens

Über kein Thema wird so schwadroniert wie über Referenden in Europa, ohne sich jemals ernsthaft mit den Fakten auseinandergesetzt zu haben. In der veröffentlichten Meinung wird von interessierter Seite der Eindruck erweckt, als wäre jede Volksabstimmung in der EU negativ verlaufen. Das ist ein Märchen und verlangt deshalb nach Klarstellung. Bitte sehr:

Dänemark	1972	Ja	Beitritt
	1986	Ja	Einheitliche Akte
	1992	Nein	Maastricht
	1993	Ja	Maastricht
	1998	Ja	Amsterdam
	2000	Nein	Euro
Frankreich	1972	Ja	Erweiterung DK, IRL und GB
	1992	Ja	Maastricht
	2005	Nein	Verfassung
Norwegen	1972	Nein	Beitritt
	1994	Nein	Beitritt
Irland	1972	Ja	Beitritt
	1987	Ja	Einheitliche Akte
	1992	Ja	Maastricht
	1998	Ja	Amsterdam
	2001	Nein	Nizza
	2002	Ja	Nizza
	2008	Nein	Lissabon



Axel Schäfer (Bochum)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 4 von 8

Grossbritannien	1975	Ja	Mitgliedschaft statt Austritt
Finnland	1994	Ja	Beitritt
	1994	Ja	Åland-Inseln
Schweden	1994	Ja	Beitritt
	2003	Nein	Euro
Österreich	1994	Ja	Beitritt
Tschechien	2003	Ja	Beitritt
Estland	2003	Ja	Beitritt
Lettland	2003	Ja	Beitritt
Litauen	2003	Ja	Beitritt
Ungarn	2003	Ja	Beitritt
Malta	2003	Ja	Beitritt
Polen	2003	Ja	Beitritt
Slowenien	2003	Ja	Beitritt
Slowakei	2003	Ja	Beitritt
Luxemburg	2005	Ja	Verfassung
Niederlande	2005	Nein	Verfassung
Spanien	2005	Ja	Verfassung

Das bedeutet: In 20 Staaten (inkl. Norwegen) gab es insgesamt 36 Referenden – 27 endeten mit **Ja**, 9 mit **Nein**. In 75 Prozent aller Plebiszite gab es also ein positives Votum für Europa. Allerdings betrug bis 1999 das Abstimmungsverhältnis 15 **Ja** zu 3 **Nein**, also 5:1, von 2000 bis heute hat sich dies auf 12 **Ja** : 6 **Nein**, also 2:1 deutlich verschlechtert. Lässt sich daraus schon eine Erosion des Grundvertrauens in das europäische Gemeinschaftswerk ablesen?



Wichtig ist allerdings, bei der jeweiligen Fragestellung präzise zu differenzieren:

- Entweder ging es um eine Entscheidung, die nur das Land selbst betraf (Beitritt/ Austritt und Euro)
- oder die Abstimmung in einem Land hatte zugleich Auswirkungen auf alle anderen Länder – mit anderen Worten: bei Vertragsänderungen.

Bei Letzterem war die Fragestellung zum Teil problematisch, weil die Konsequenzen für die Befragten nicht immer auf der Hand lagen. Deshalb sollten wir fordern: Wird nach dem einstimmigen Vertragsänderungs-Beschluss der Regierungen und Parlamente aller Mitgliedstaaten in einem Mitgliedstaat ein Referendum angesetzt, so muss dies mit einer unmissverständlichen Wenn-dann-Entscheidung verbunden sein. Das heißt: Entweder **Ja** zu „Vertragsänderung und Mitgliedschaft in der EU“ oder **Nein** zu „Vertragsänderung und Austritt aus der EU“. (Dies könnte bei Bedarf auch in zwei Abstimmungsrounden erfolgen.)

Nur zur Information: In Belgien, Deutschland, Italien, Griechenland, Portugal, Zypern, Bulgarien und Rumänien hat es bisher keine Referenden über Europa gegeben.

4. Drei K-Präsidenten und ein Königreich

In vier Mitgliedstaaten ist der Ratifizierungsprozess aus unterschiedlichen Gründen noch nicht begonnen bzw. abgeschlossen worden:

In **Polen** weigert sich Staatspräsident Kaczynski, die Ratifizierungsurkunde zu unterschreiben. Das ist meines Erachtens sowohl unverständlich als auch schändlich, da er den Lissabon-Vertrag persönlich mit ausgehandelt hat und sich auch für das Inkrafttreten verbal eingesetzt hatte. Daher rechnen viele damit, dass Kaczynski letztlich einlenken wird.

In **Deutschland** wartet Bundespräsident Köhler sowohl mit der Unterschrift des Ratifizierungsgesetzes als auch mit der Ausfertigung der entsprechenden Urkunde, weil



Axel Schäfer (Bochum)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 6 von 8

Klagen gegen den Lissabon-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht anhängig sind - aus Respekt vor der Entscheidung unseres „Supreme Court“. Das ist die eine Seite.

Die andere: Das vernehmliche Schweigen auf Schloss Bellevue kann oder muss irritieren. Vom ersten Mann in Deutschland darf man erwarten, dass er in Grundsatzfragen des europäischen Einigungswerkes als Bannerträger unserer Demokratie auch Flagge zeigt. Tatsächlich war von Horst Köhler seit dem gescheiterten Verfassungsvertrag öffentlich nichts Substantielles zur Integration zu hören (oder habe ich es nur überhört?)... Unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hätte ich mir mit vielen anderen zusammen vom Bundespräsidenten ein klares Wort zur Bedeutung des Lissabon-Vertrages gewünscht - auch um Missdeutungen von anderer Seite entgegen zu wirken.

In **Tschechien** ist die Lage noch komplizierter:

Die schwarz-grüne Regierung steht vor dem Scheitern - und vor Wahlen. Das Parlament ist mehrheitlich für Lissabon, der Präsident einstimmig dagegen.

Vaclav Klaus, ehemals Regierungschef und jetzt Staatsoberhaupt, ist die Maggie Thatcher Tschechiens. Beide waren bzw. sind schlecht für Europa.

Zuerst muss allerdings der Oberste Gerichtshof den Lissabon-Vertrag prüfen, so dass eine Entscheidung über die Ratifizierung noch nicht im Parlament ansteht. Dort müssten Sozialdemokraten, Grüne und andere pro-europäische Kräfte ihre Mehrheitsmacht nutzen, um zu einem rechtzeitigen Votum über den Reformvertrag zu gelangen. „Rechtzeitig“ heißt in dem Fall auch: vor Beginn der tschechischen Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2009!

In **Schweden** hat die Ratifizierung durch den Reichstag ebenfalls noch nicht begonnen. Verfassungsgutachten stehen aus. Hierbei geht es inhaltlich vor allem um die Frage, ob nationale Schutzmaßnahmen gegen eine mögliche Untergrabung der Sozialstandards durch die Umsetzung der EuGH-Rechtsprechung (u.a. Laval) erfolgen sollten. Das parlamentarische Quorum für die Zustimmung in Schweden ist allerdings hoch, 75 % der Abgeordneten müssen **Ja** sagen. Die Möglichkeit eines zweiten Votums ist gleichwohl gegeben. Das würde allerdings den Terminplan für die Implementierung des Lissabon-Vertrags erheblich verzögern.



5. Die deutsche Europa-Debatte

Irland zeigt: Eine fundierte europapolitische Diskussion findet (auch) bei uns nur zeit- oder teilweise statt. Das heißt, nur wenn konkrete Streitpunkte anstehen und Lösungen gefragt sind.

Nach dem negativen Votum im Juni haben sich vor allem Befürworter eines Referendums zu Wort gemeldet, die **Ja** zum **Nein** sagten. Dafür stehen Namen wie Jürgen Habermas und Burkhard Hirsch. Zugleich wird eine Art von Kampagne gegen „ausuferndes Europarecht“ und „Anmaßungen des EuGH“ geführt, die von Alt-Bundespräsident Roman Herzog gesteuert und befeuert wird. Beide, zum Teil verbundene Debatten, entfalten aber nur tages- bzw. wochenaktuelle Wirkung. Sie führen zu intellektuellen oder emotionalen Aufwallungen und gehen fast nie in die Tiefe. Das hat meines Erachtens zwei Ursachen:

Eine negative, denn unsere Diskussionskultur hat sich verändert. Viele sind nicht mehr sprachfähig oder streitwillig, Wahlenthaltung dokumentiert auch ein Stück Politikverdruss.

Eine positive, denn das Thema Europa ist generell wenig konfliktträchtig zwischen den meisten Parteien. Der europäische Verfassungsbogen von SPD, FDP und CDU/CSU trägt seit fast 50, mit den Grünen seit fast 30 Jahren.

Seien wir ehrlich: Es gibt noch keine Lösung, wie wir aus dem Dilemma zwischen einerseits konkreten Vorurteilen und wachsender Skepsis gegen einzelne europäische Entscheidungen und andererseits genereller Zustimmung zur Integration herausfinden können. Nur außergewöhnliche, länger dauernde Anlässe wie die deutsche Ratspräsidentschaft 2007 vermochten bisher Bewegung in diese Frage zu bringen. Unverzichtbar bleibt:

- die Verzahnung aller vier Ebenen bei möglichst vielen Themen („Wir sind Europa“),
- die exemplarische Herausstellung durch Projekte („Europa beginnt vor Ort“) und natürlich
- weiterhin eine Informationspolitik à la Volkshochschule und Europa-Union.

Die EU muss zu einer besonderen Selbstverständlichkeit des politischen Alltags werden. Zugleich ist aber eine sozialdemokratische Positionierung und Personifizierung zur Profilierung – auch im Hinblick auf die Europawahl 2009 – dringend geboten.



Axel Schäfer (Bochum)
Mitglied des Deutschen Bundestages
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 8 von 8

6. Fazit

Der Beschluss des Europäischen Rates, den Ratifizierungsprozess trotz der roten Karte auf der grünen Insel fortzusetzen, war die (einzig) richtige Vorgehensweise - auch und gerade, weil politische Zusagen eingehalten werden müssen. Genau das heißt bekanntlich Glaubwürdigkeit.

SPD und PSE stehen für diese Politik des offenen, fortschreitenden Einigungsprozesses.

Für Irland heißt das konkret: nach einem 26-fachen **Ja** in den anderen Mitgliedstaaten – hoffentlich bis zum Ende dieses Jahres – wird man um eine erneute Abstimmung nicht herumkommen. Zuvor könnte die EU eine Zusatzklärung oder Klarstellungen verabschieden (siehe oben: Souveränität, NATO, Steuern, Abtreibung) um Irland entgegenzukommen – ein Text, welcher die bisherigen Ratifizierungsbeschlüsse der Mitgliedstaaten aber nicht obsolet machen darf.

Dann wird es die Aufgabe aller pro-europäischen Parteifamilien sein, am Erfolg des zweiten Votums – vorzugsweise am Tag der Europawahl 2009 – mitzuwirken.

Weil aber ein zweites **Nein** die gesamte EU nicht aufhalten darf, wird Irland (sich) die Frage stellen müssen: „To be or not to be. Das Europa des 21. Jahrhunderts gestalten und weiter mitmachen oder in der Vergangenheit verharren und austreten?“.

Es führt nur dieser Weg voran.

PS: Eine Frage bleibt unbeantwortet: Können wir institutionell mit der faktisch bestehenden „doppelten Einstimmigkeit“ weitermachen?

- Erst müssen alle 27 Regierungen und Parlamente beschließen, das Ergebnis einer Vertragsänderung politisch zu akzeptieren.
- Dann müssen dieselben staatlichen Organe ratifizieren, d.h. die EU-Texte im Gesetzgebungsverfahren annehmen.

Das erfordert insgesamt fast 150 Mal **Ja** zu sagen. Ist das noch realistisch ...